

Graphische Stimmen

Organ für Vertretung der Interessen aller in graph. Kunstanstalten, Buchbindereien (und verwandten Berufen) der Papier-, Tapeten- und Farbenbranche beschäftigten gelehrten Arbeiter, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint alle 14 Tage. Abonnementspreis 75 Pfg. vierteljährlich. Für die Mitglieder durch die Zahlstellen gratis.

Redaktion u. Verlag: Köln, Palmstraße 14. Redaktionschluss: Montag-Abend.

Anzeigenpreis: die Aesp. Zeitsp. 20 Pfg. Für Mitglieder und in Verbandsangelegenheiten 10 Pfg. Für Postbezug: Postamt Köln.

Bekanntmachungen des Zentral-Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 49. Wochenbeitrag pro 1911 fällig.

Die Bewegung im Steindruckgewerbe ist unverändert. Die Karten für das Kaiserliche kaiserliche Amt sollen so wendend eingeschickt werden.

Jugendflugblätter

und Jahrbücher können noch bezogen werden; erstere unentgeltlich.

Unsere Belegleser werden demnächst Informationen über Agitation und Berichterstattung zugehen.

Der Zentralvorstand
J. A.: Hornbach.

Es gingen noch Abrechnungen und Gelder für das 3. Quartal 1911 ein: Aachen, Lendersdorf.

Peter Suppers, Zentralassistent
Cöln-Nippes, Hartwigstr. 63.

Die christliche Arbeiterschaft im Wahlkampf.

In den kommenden Wochen werden wir das Schauspiel eines Ringens um die politische Macht im deutschen Reiche erleben, wie es bisher nicht dagewesen ist. Wenn wir in unserer Verbandszeitung hierzu einige Gedanken aussprechen, so kann das nicht in dem Sinne geschehen, daß wir für oder gegen eine bürgerliche Partei Stellung nehmen, sondern nur zu dem Zwecke, unseren Mitgliedern einige Weisungen an die Hand zu geben, die wir in dieser Stunde für besonders notwendig erachten.

Wir wissen wohl — und freuen uns dessen — daß die meisten unserer Mitglieder im kommenden Wahlkampf nicht nur ihre staatsbürgerliche Pflicht als Wähler ausüben werden, sondern daß viele von ihnen auch in der Agitation für ihre Partei zu außergewöhnlichen Anstrengungen bereit sind. Da liegt die Gefahr nahe, daß im Eifer die Grenzen verwischt werden, die den Gewerkschaftler vom Politiker trennen. Wir machen daher alle unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß verboten ist:

1. Das Sammeln von Geldern zu Parteizwecken innerhalb der Verbandsversammlungen.
2. Die Verbreitung von Flugschriften einzelner Parteien und jede denkbare anderweitige Unterstützung derselben durch die offizielle Vertretung der Zahlstellen.
3. Die Erörterung politischer Streitfragen innerhalb der Tagesordnung der Versammlungen.

Daraus ergibt sich, daß außerhalb der hier gezogenen Grenzlinien die volle Bewegungsfreiheit nicht unterbunden werden soll; im Gegenteil wünschen wir aus vielfachen Gründen, daß jeder Einzelne als Staatsbürger sich seiner hohen Pflicht in diesen ersten Zeiten bewußt sei.

Zusbesondere sollen die christlichen Gewerkschaftler darauf bedacht sein, daß während des Wahlkampfes, wo sie mit Vertretern aller Stände zusammenkommen, überall das Interesse für die christliche Arbeiterschaft geweckt, und Vorurteile vertrieben werden.

Durch eine erhöhte Anteilnahme an der Wahlarbeit wächst auch der Einfluß der Arbeiter in den Kreisen der bürgerlichen Parteien.

Ueber unsere Stellung zu den Parteien, und zur sozialdemokratischen Partei im besonderen, sagte unser Generalsekretär Stegerwald in einer Versammlung in Köln ungefähr folgendes:

„Wo sich bürgerliche Parteien als ernsthafte Konkurrenten gegenübersehen, empfindet sich die größte Zurückhaltung. Gegenüber der Sozialdemokratie ist diese Zurückhaltung natürlich nicht angebracht, hier können sich unsere Funktionäre von Fall zu Fall sogar sehr entschieden betätigen, damit die Allgemeinheit unsere Bewegung als staats-erhaltenden Faktor empfindet. Die ganze Kampagne muß dann unsererseits zur Verbreitung einer vernünftigen staatsbürgerlichen Schulung benutzt werden. Der deutschen, ihr Vaterland verkleinernden Sozialdemokratie stelle man die Haltung des Auslandes gegenüber. Dort verursacht Deutschlands wirtschaftliches Emporstreigen eine ständig sich mehrende Nervosität. Nirgendwo auf der Welt war der Aufstieg des Arbeiterstandes in den letzten 20 Jahren bedeutender wie in Deutschland. Kein anderes Staatswesen hat so geordnete Zustände; nirgendwo sind der menschlichen Ausbeutung im Ganzen genommen straffere Zügel angelegt wie in Deutschland. Gewiß bestehen noch viele Mängel. Eine Gesellschaftsordnung, in der sich 65 Mill. Menschen gleichmäßig wohl fühlen, ist eben ein Ding der Unmöglichkeit. Das läßt schon die verschiedene Veranlagung der Menschen (willensstarke, willenschwache; fleißige, bequeme; intelligente, beschränkte u.) nicht zu. Daran muß auch das sozialistische Ideal scheitern. Genau so verfehrt wie die ehemalige liberale Wirtschaftstheorie, die jeden sich selbst überlassen wollte und zur Ausbeutung des wirtschaftlich Schwachen durch die wirtschaftlich Starke führte, ist auch die sozialistische, wonach die Gesellschaft für alle zu sorgen habe. Die Erfahrung lehrt, daß Ungleichheit Bewegung, Fortschritt, Fortschritt Spannkraft erzeugt, und das ist eins der wichtigsten Elemente für die Lebenskraft eines Volkes. Nicht einmal im sozialistischen Lager selbst kommt man zu einer befriedigenden Ordnung. Dafür zeugt in charakteristischer Weise die höhere Entlohnung der Parteisekretäre im Vergleich zu den mit weit größerer Verantwortung belasteten Gewerkschaftsführern. Es muß vor allem klargelegt werden, was ist. Dann sind die bei diesem Wahlkampf in Frage stehenden Zusammenhänge zu beleuchten. Ein sozialistischer Wahlsieg bedeutet — nicht billigeres Lebensmittel, wohl aber Stärkung des Einkusses der Scharfmacher. Das hat sowohl die „Neue Zeit“ wie auch Veibel in Jena bestätigt; auch Regien gab es indirekt zu. 1906 in Köln, als die soz. Gewerkschaften 1 1/2 Mill. Anhänger zählten, prahlte er mit ihrer Macht, mit der die Regierung rechnen müsse. Heute zählen diese Gewerkschaften 2 1/2 Mill. Mitglieder, und doch klagte Regien in Dresden, daß die Regierung sich zwar deren Wünsche anhöre, sich in ihrem Handeln aber denselben diametral entgegenstelle.“

Die Arbeiter haben sich dafür bei der Sozialdemokratie mit ihrer kindischen Negationspolitik zu bedanken. Die einzelnen Volksschichten müssen sich wieder verstehen und in ihren Wünschen berücksichtigen lernen, damit nicht im Innern wieder eine ähnliche kleinliche Eifersüchtelei aufkommt, wie sie Deutschland als Staatsgebilde früher nicht zur Entfaltung kommen ließ. In der fastenmäßigen Abschließung der gebildeten Stände, in dem prohenmäßig zur Schau getragenen Luxus einer zu schnell reich gewordenen Bourgeoisie findet die Sozialdemokratie den für die Entwicklung ihrer Denkart geradezu vorbereiteten Boden.

Auch hinsichtlich der positiven Förderung unserer Bewegung durch die Wahlkampagne, der zweiten Art der uns erwachsenden Aufgaben, ist eine Differenzierung am Plage. Die allgemeine Situation liegt so: Im Zentrum- und im katholischen Lager trauen uns manche Kreise nicht, weil wir keine parteipolitische Organisation sein wollen; im evangelischen Lager aber hält man uns häufig für Zentrumsorganisationen. Ersteren ist zu sagen, daß mehr als 95% unserer katholischen Mitglieder Zentrumswähler sind. Eine andere bürgerliche Partei kommt für sie kaum in Frage, weil dem die ganze innerpolitische Entwicklung Deutschlands und die Struktur der einzelnen bürgerlichen Parteien entgegensteht, und zur Sozialdemokratie können sie erst recht nicht gehen. Den Verbächtigen auf evangelischer Seite halte man entgegen, daß die christlichen Gewerkschaften noch keinen Arbeiter bestimmt haben, sich zugunsten der Zentrumspartei zu betätigen. Die christlichen Gewerkschaften sind weder dazu da, das Zentrum zu unterstützen, noch dazu, dem Zentrum anderen Parteien zuliebe in den Rücken zu fallen. Sämtliche bürgerliche Parteien sollten sich aber schon aus Gründen der Klugheit, wenn sie aus Liebe nicht können oder wollen, den christlichen Gewerkschaften freundlich gegenüberstellen.

Der Hauptwert ist darauf zu legen, daß seitens der christl. Arbeiter allerorts in dem Sinn auf die Kandidaten eingewirkt wird, daß sie für die Fortführung der Sozialreform eintreten.“

Wenn allerorts in diesem Geiste die Situation ausgenützt wird, dann kann der Erfolg für unsere Sache nicht ausbleiben.

Die Genossen werden nicht verfehlen, während der kommenden Wochen ihre Leistungsfähigkeit im Lügen und Verleumdungen ins Grenzenlose zu steigern. Demgegenüber werden unsere Mitglieder im allgemeinen die Ruhe bewahren, den einzelnen Phrasenfeldern aber mit Entschiedenheit entgegenzutreten wissen.

„Ein christliches Tarif- und Arbeitsmonopol in Regensburg.“ *

Unter dieser Stichmarke veröffentlicht Herr Roth in der bekannten Zeitschrift: „Soziale Praxis“ (No. 9 1911) eine Darstellung des Regensburger Tarifabschlusses im Buchbindergewerbe, der die Redaktion das Urteil des „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ anfügt und dazu bemerkt:

„Indem wir diesen Beitrag zur Frage des Arbeitsmonopols veröffentlichen, möchten wir betonen, daß die hier kritisierten Regensburger Vorgänge natürlich an Tragweite nicht den Verhältnissen gleichzusetzen sind, die sich nach den Befürchtungen des Herrn Tränert für die 3000 christlich organisierten Buchdruckerfirmen aus einer monopolistischen Organisation der Buchdrucker-Tarifgemeinschaft ergeben könnten. Hier handelt es sich um die Arbeitsverhältnisse in 7000 Firmen, d. h. über 10⁶ aller Betriebe, dort um 4 einzelne Betriebe eines Ortes. Zumeister ist der Regensburger Vorgang grundrichtig wichtig genug, weil er die Bedenkllichkeiten der monopolistischen Organisationspolitik auf dem Gebiete des Tarifvertrages oder auch des Arbeitsnachweises, gegen die wir uns wiederholt mit Entschiedenheit wenden mußten, in hellem Lichte zeigt. Das schlechte Beispiel ausschließlicher Herrschaftsucht bei der einen Gruppe verdirbt leicht auch die Sitten bei anderen Gruppen. Die modernen deutschen Gewerkschaften dürfen nicht in partikularen Zuständigkeiten verfallen, wie es viele britische und amerikanische Gewerkschaften getan haben; sonst verflüchtigen sie sich gegen das sozialistische Ideal, das alle deutschen Gewerkschaftsrichtungen anerkennen und das dahin lautet: nicht die Interessen einzelner Arbeiterklassen, geschweige gar auf Kosten anderer, sondern die Gesamtinteressen der ganzen industriellen Arbeiterschaft sollen durch die gewerkschaftliche Organisation gefördert werden!“ und an den Artikel des Zentralblattes fügt die „Soziale Praxis“ die Bemerkung: „Zur Bekräftigung unseres Urteils, eine wie bedenkliche Gewerkschaftspolitik die Monopolisierung einzelner Organisationen ist und zu welcher unerwünschter Zerstörung des Arbeiterlagers sie führen kann, bildet dieser Verteidigungsaufsatz der christlichen Gewerkschaften einen weiteren starken Beitrag.“

Daß die Bedenklichkeit der Monopolbestrebungen von der „Sozialen Praxis“ erneut hervorgehoben wird, findet gewiß den Beifall der gesamten nicht sozialdemokratischen Arbeiterschaft. Unbegründet wäre aber die Ansicht, (die von der „Sozialen Praxis“ anscheinend vertreten wird), daß vonseiten der christlichen Organisation irgend eine Art des Arbeitsmonopols befürwortet, oder stillschweigend gebilligt worden wäre. Wir wollen nicht mehr und nicht weniger, als daß jeder Arbeiter in jedem Gewerbe, in jedem Betriebe arbeiten könne, auch dann, wenn er keine christliche — oder in anderen Fällen sozialistische Ueberzeugung — nicht der Majorität der Kollegen zum Opfer bringt. Wir fragen: Wo ist der Vertreter der „freien“ Gewerkschaften, der beweisen kann, daß dieser Grundsatz von den Genossen gegenüber andersgenannten Arbeitern in der Theorie oder in der Praxis befolgt worden wäre?

Wir christlichen Arbeiter müssen seit Jahren die rohesten Beschimpfungen, den heftigsten Spott der „Genossen“ über uns ergehen lassen, und das Uebermaß dieses leidenschaftlichen Hasses ist in jenen Tarifverträgen dokumentiert, die bestimmen, daß nur Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes das Recht auf Arbeit haben. Solche bestehen im Chemigraphen-, im Friseur-, im Wäcker-, im Töpfer- und im Kürschnergewerbe zum Teil für ganz Deutschland, zum Teil für einzelne Orte geltend. Die „freien“ Verbände sind stolz auf eine solche Ueberlegenheit und ihre Mitglieder in solchen Gruppen, die kein offizielles Monopol durchdringen konnten, sind eifrig bemüht, diesen Mangel durch die perfideste persönliche Verunglimpfung wettzumachen, wo immer es hiezu Gelegenheit gibt. Oft genug laufen bei den Vorständen der christlichen Verbände Briefe ein, des Inhalts, daß der betr. Kollege nicht mehr im Verbands bleiben kann, weil sonst seine Existenz gefährdet sei. (Belege vorhanden!) Selbst in Betrieben, die mit „freien“ und christlichen Organisationen einen Tarif gemeinsam abgeschlossen haben, wird den christlichen Arbeitern noch zugesagt in dem Sinne, daß sie umfassen müßten, wenn sie auf irgendwelche kollegiale Gemeinschaft rechnen wollten.

Der christliche Arbeiter ist geächtet.

Was das heißt, sollten unsere sozialen Theoretiker ein paar Monate in der Wirklichkeit erfahren müssen, damit sie verstehen, wenn die christlichen Arbeiter über solche Zustände die Offentlichkeit aufklären und im Namen der Freiheit deren Beseitigung fordern. Daß eine von leidenschaftlichem Haß diktierte Agitationsmethode der „freien“ Verbände auch in solchen Betrieben groß geworden ist, die nur Gegenstände und Werte der christlichen Kunst oder andere, den Bedürfnissen des christlichen Volkes dienliche Produkte herstellen, ist Tatsache. Nun haben einige katholische Verleger in Regensburg sich gesagt: wenn die christlichen Arbeiter in anderen Be-

trieben wegen ihrer Ueberzeugung unmöglich gemacht werden, dann haben wir schließlich die Pflicht, solchen Arbeitern in unseren Betrieben ein Unterkommen zu bieten.

Diese Erkenntnis wird, wenn sie besteht, von uns gerne anerkannt, ja wir fügen dem hinzu, daß wir ein wohlbegründetes Recht haben, eine solche Stellungnahme der kath. Verleger zu fordern. Jemandem müssen wir ein Recht auf Arbeit haben. Wenn wir es in sozialistischen Betrieben nicht haben, verziehen wir das, denn von jenen Leuten erwarten wir tatsächlich nichts, was man mit „persönlicher Freiheit oder Meinungsfreiheit“ bezeichnen könnte. Wenn wir aber auch in anderen bürgerlichen Unternehmungen, ja selbst in staatlichen Betrieben vor der wütenden daß „modernen Arbeiterschaft“ nicht geschützt sind, wozu sollen wir dann flüchten? —

Trotzdem wollen wir nicht, und zwar unter keinen Umständen, daß in irgend einem sog. katholischen oder christlichen Betrieb der Satz Geltung habe: Hier werden nur christliche Arbeiter beschäftigt. Wir protestieren gegen jede Monopolisierung der Arbeit. Wenn jedoch von den „freien“ Verbänden an der Praxis festgehalten wird, daß man die „Christen“ anderswo nur unter Umständen „dulden“ will, dann müssen wir, wenn wir unsere Existenz nicht einem brutalen Gegner ausliefern wollen, von den christlichen, von den staatlichen, ja von allen national-gefeimten Kreisen erwarten, daß sie uns in unserem Existenzkampf nicht an Theorien fetten.

Von einem Tarif- oder Arbeitsmonopol der Christlichen kann bei dem Regensburger Abschluß gar nicht die Rede sein. Denn erstens gelten die tariflichen Abmachungen für alle Berufszugehörige und es ist keine Formel festgelegt, die einseitig den Arbeitsnachweis für eine bestimmte Gewerkschaft verlangt. Zweitens sind die sozialdemokratischen Gewerkschaftler nie dem Druck der Firmen oder der christlichen Organisation ausgesetzt gewesen. Es sind neben 150 christlich organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen bei folgenden Firmen die nun als „Monopolfirmen“ der Christlichen angeklagt sind, sozialdemokratisch organisierte Arbeiter beschäftigt: Bei Pustet 4, bei Habbel junior 2, in der Verlagsanstalt, vormals Manz 24, bei Wolf 7, Habbel junior 1 und bei S. Schiele 4.

In der Verlagsanstalt vormals Manz bestand vor Jahren ein sozialdemokratisches Monopol, indem der Herr Verlegermeister der Buchbinderei als Mitglied des roten Verbandes nur rot organisierte Arbeiter bei der Einstellung berücksichtigte. Wenn dieses Verhältnis auch heute noch Geltung hätte und schließlich von den anderen Firmen in gleicher Weise zugunsten des roten Verbandes Berücksichtigung fände, dann würde Herr Kloth seinen Finger trümmen, um eine Aenderung herbeizuführen.

Daß in dem Artikel des Herrn Kloth noch versichert wird, daß die Genossen gegenüber den christlichen Verlegern immer höflich gewesen seien, ist überflüssig, (die „Klassenbewußten“ Genossen sind ja in Bewegungen der gehackelten Freundschaft (Meister) weil wir davon selbst überzeugt sind. Aber darum handelt es sich nicht. Sondern: Die Genossen sind grundsätzlich die Todfeinde jedes Christusbekenners; in besonderer Weise der katholischen Unternehmer.

Vasifinische, ultramontane Ausbeuteerzitter, und dergl. Kosenamen, das ist die Sprache des roten Herzens gegenüber den katholischen Verlegern, die sich allerdings nach außen hin in Bücklingen und sogenannten höflichen Umgangsformen zeigt, oder besser — nicht zeigt. Daß wir es wagen, solchen katholischen Verlegern, die ihren sozialen Verpflichtungen nicht nachkommen, oder ungenügend nachkommen, oder gar das Koalitionsrecht der Arbeiter antasteten, die Wahrheit ins Gesicht zu sagen — wird von dem Vorsitzenden einer Arbeiterorganisation, Herrn Emil Kloth in Berlin in dem Sinne ausgedeutet, daß die Vertreter des Buchbinderverbandes „nobler“ gegenüber den Unternehmern sind, als wir. Wir streuen uns dieser Beurteilung und werden in Zukunft nichts unterlassen, auf dem „unmobilen“ Wege weiter zu gehen, wenn es im Interesse der Arbeiterschaft notwendig ist.

Schmeichler sind Heuchler!

Gegenüber der Redaktion der „Soziale Praxis“ möchten wir das Eine hervorheben: Die Christ-

lichen Verbände werden sich, soviel wissen wir bestimmt, durch das schlechte Beispiel der herrschsüchtigen Gruppe in der deutschen Arbeiterschaft nicht dazu hinreißten lassen, sich deren Grundründe anzueignen. Was in dieser Beziehung bis jetzt bei uns Sitte war, bleibt auch in der Zukunft:

Strechtes Recht für Alle!

*) Das „Korrespondenzblatt“ der „freien“ Gewerkschaften Nr. 47 bringt auch noch eine Klotzsche Darstellung des Regensburger Tarifabschlusses, in der es unter Anderem heißt, daß der Buchbinderverband unfern Verbände gegenüber sehr liberal gewesen sei und uns oftmals eine Vertretung zugelassen habe, wo wir gar nicht zu einer solchen berechtigt waren. — Und da sage noch einer, wir wären nicht der Liebling des großen Bruders — wenn er uns sogar rechtsübrig in Schuß nimmt!! Aber nicht wahr, lieber Bruder, auf dein Wohlwollen kommt es nicht an!

Die 10 Gebote des christlichen Gewerkschaftlers.

Als ich unlängst in alten und neuen Schriften freidenkerlicher Sozialgruppen wühlte, fiel mir wieder einmal auf, wie gern diese Leute ihre Ideen und ethischen Grundründe in das Gewand christlicher Ausdrucksformen hüllen. Und es glückt ihnen häufig, in den bekanntesten alten Sätzen einen neuen, vergifteten Wein zu bieten. Wie viel ist in dieser Art schon in der Arbeiter- und speziell sozialistischen Gewerkschaftspressen geleistet worden, von den 10 Geboten der Arbeiterverbrüderung aus dem Jahre 1848 bis zu den Moratvorlesungen des Lehrgabes-Hoffmanns der Sozialdemokratie und den Festartikeln vieler Gewerkschaftsorgane, die christliche Dogmen nach ihrem Geschmack sozialistisch deuten, und so sozialrevolutionär wirksam machen. Das brachte mich dazu, einmal unsere 10 Gebote dem gewerkschaftlichen Standpunkt aus durchzudenken, nicht etwa, um ihre Hauptforderungen in den Hintergrund zu stellen, sondern um ihren allbekanntesten Inhalt neue Folgerungen bezugeben, die speziell für den praktischen Gewerkschaftler in Betracht kommen. Die Zahl unserer Hauptgebote bleibt dieselbe, aber je mehr sich das Leben und Tun des einzelnen Menschen kompliziert, je mannigfaltiger seine Pflichten, desto reichhaltiger werden die Konsequenzen aus einem Gebot. Als erstes Gebot möchte ich aufstellen, oder vielmehr als gewerkschaftliche Folgerung aus dem ersten Gebot möchte ich festhalten:

1. Du sollst die Würde des Menschen in dir und anderen, besonders deinen Nächsten, den Standesgenossen, ehren und schützen. Du sollst deshalb nicht den Götzen der Selbstsucht und des engen Rassenegoismus dienen, sondern dem Ideal der Erhebung und Befreiung aller bedrückten, beengten, in ihrer freien Entfaltung und stilligen Unabhängigkeit bedrohten Mitmenschen. Du sollst ein Sozialverhältnis herbeiführen helfen, in dem die Ideen des Christentums herrschen, Gerechtigkeit, Liebe, Achtung der christlichen Arbeit, Bevorzugung der geistigen vor den materiellen Gütern. Du sollst dich nicht von faszinierenden Teugbildern heidnischen Weltanschauungen hinreißen lassen und der nüchternen christlichen Arbeiterbewegung entfremden lassen.

2. Du sollst keinen Unflug mit deinen Idealen treiben. Nach keine radikalen Phrasen, würdige dein Christentum nicht zum Aushängeschild, zum Agitationsmittel und Deklamation für unverantwortliche Sandlungen herab. Spiel dich nicht vor deinen weniger gebildeten Kollegen als hochtrabenden Menschheitsbefreier und Universalist auf, weise nicht im Volksgelächel des erfahrenen Praktikers den Rat theoretisch-gequälter Leute aus anderen Ständen zurück.

3. Du sollst in ehrlcher Vertagsarbeit deiner Organisation dienen mit Gelddbeutel, Arbeitskraft, Ropf und Herz. Du sollst nicht nur bei Lohnbewegungen mitmachen und bloß in Festveranstaltungen glänzen wollen, du sollst vielmehr die Kleinarbeit gewissenhaft und freudig verrichten, wozu auch gehört zu opfern, wenn momentan kein Erfolg ersichtlich ist und eine Versammlung zu besuchen, deren Tagesordnung keine besondere Wichtigkeit in Aussicht stellt. Du sollst aber auch kein einseitiger Kurzpatriot und Kurgewerkschaftler werden. All unsere Bemühungen dienen doch höheren Zielen. Gewinne nach geaner Kleinarbeit auch den Sonntag, d. h., erwidere dich an hohen Kulturidealen, liebe dich am Born der Volkskunst, des reinen Frohsinn und des Wissens.

4. Wergib bei der Vertretung deiner Rechte diejenigen anderer Leute, beim Kampf um den gewerkschaftlichen Konstitutionalismus die Autoritätsansprüche des Arbeitgebers, bei deiner beruflichen Selbsthilfearbeit die höchste Herrschaftsberechtigung des öffentlichen Gemeinwesens in irdischen Dingen nicht. Ehre die Autorität, diene dem Vaterlande, aber mach sie auch auf ihre sozialen Pflichten aufmerksam, führe dir die Unterstützung deiner fortschrittlichen Bestrebungen durch die öffentliche Ordnung und die Macht der öffentlichen Meinung. Vor allem jedoch stelle deine ganze, stolze Arbeit unter den Gesichtspunkt des Gemeinwohls. Achte aber auch bei aller Kollegialität und Vertraulichkeit die Autorität deiner selbstgewählten Führer. Behandle sie nicht als deine Knechte, mach ihnen das Leben und die Pflichterfüllung nicht schwer, mißgönne ihnen nicht ihre Stellung und Bildung. Ehre auch die alten Kollegen und nimm dich Hebenoll und verantwortungsbewusst der Jugendlichen und Lehrlinge, auch der hilfsbedürftigeren weiblichen Mitarbeiter an.

5. Sei kein Klassenkämpfer, arbeite nicht am Untergang der Gesellschaft, der Wirtschaftsordnung, des einzelnen Arbeitgebers, sondern nur an der allseitigen Verbesserung. Wenn du hart und gewalttätig in bestehende Verhältnisse eingreifen mußt, wenn sich deine höheren Rechte der menschlichen Arbeit mit den Bestansprüchen und Profitforderungen des Kapitals kreuzen, dann kämpfe entschieden, aber nicht gehässig, für den Sieg des Guten, Gerechten, und nicht für den Raub einer Person, die dich

vieleicht gekränkt oder erbittert hat. Liebe auch Gerechtigkeit gegen die andern Organisationen. Sei klug und maßvoll gegen Unorganisierte. Ueberzeugung ist besser denn Zwang. Wenn du aber doch mit gewissen Gewaltmitteln gegen sie vorgehen mußt, soweit diese Befehl und Moral erlauben, dann tue es, wie's dir dein christliches Gewissen vorschreibt. Nimm bei deinem Vorgehen stets auf die Rechtshöfen anderer Gruppen nach Möglichkeit Rücksicht und kämpfe nicht aus Mauthat, sondern aus Kulturfeind.

6. Sei deiner Organisation treu, werde nicht fahnenflüchtig, schädige sie nicht durch Einstellung der Beitragszahlungen, vor allem aber nicht durch Nichtbeteiligung an ihren Aktionen oder gar Streikbruch. Sei auch kein Heizer, der in eigenen Reihen Unfrieden und Unzufriedenheit sät. Daß dich nicht durch Kränkung deiner Eitelkeit und Nichtbeachtung deiner eigensinnigen Forderungen zur gemeinschaftlichen Feindseligkeit gegen den Verband hinreißt. Du sollst auch nicht mit Berufsorganisationen liebäugeln, weil ihre Forderungen dich locken oder ihr Radikalismus dir reizvoll dünkt.

7. Respektiere fremdes Eigentum, auch des Arbeitgebers, sei fleißig, verdirb nicht mutwillig Werkzeug oder Rohmaterial, störe den Betrieb nicht durch Blaumachen. Stelle auch keine unklugen Forderungen. Stelle dich auf den Boden des langfristigen Tarifvertrags, der die gegenseitige Ueberbeteiligung aus dem Arbeitsvertrag bannen will. Gehe auch mit dem Hab und Gut deiner Gewerkschaft sorgfältig um, mach ihr nicht leicht vermeidbare Unkosten, provoziere keine Krankheit.

8. Verleumde nie, auch wenn du damit glaubst, der guten Sache dienen zu können. Mach deinen Arbeitgebern nicht schlechter als er ist, beschimpf nicht lügenhafterweise deine Vorgesetzten, verdächtige deine Gewerkschaftsbeamten nicht unbegründet, bring keine Unwahrheiten vor die Gewerbeinspektion, die Gewerbegerichte, in die Versammlung und in die Zeitung. Ergeh dich nicht an wüstem Schimpfen, auch nicht den gegnerischen Gruppen gegenüber. Sprich diesen und bürgerlichen Kreisen, sowie der Regierung und deinen speziellen Unternehmern nicht jedes gute Wollen und jede anständige Regung, auch nicht jede reifere Einsicht ab. Weise nicht hochmütig den jüngeren Kollegen zurück; wenn er einmal einen Rat erteilen will und hör auch auf das, was deine Kolleginnen in ernstlichen Dingen zu sagen haben.

9. und 10. Sei nicht neidisch auf die bestehenden Klassen, die Gewerksarbeiter, die Führer der Volksbewegung, aber auch nicht auf deinen besten geschickteren Mitarbeiter. Hab auch deiner Bevorzugung halber keinen Dünkel. Nimm in deiner Gewerkschaft keine gehässige, misstrauische Stellung gegen Geborene, besser entlohnte Verurteilte ein, sieh aber auch nicht stolz auf ärmere Hilfsarbeiter und die schwächeren Kolleginnen, sowie Lehrlinge oder Jugendlinge herab. Mache die soziale Frage nicht zur einseitigen Magenfrage. Laß dein Streben nicht in materieller Begehrlichkeit gipfeln, benütze vielmehr wirtschaftliche Reformen zur geistlich-sittlichen Hebung deiner Person und deines Standes. Stell dir die Lösung der sozialen Frage nicht als ein revolutionäres Vorgehen von den Bütern und Positionen der bürgerlichen Gesellschaft durch die Unterthanen vor. Fasse dein Zukunftsideal geistig, sittlich und hoch im Sinne einer allgemeinen Sozialkultur. Betrachte auch deine Gewerkschaft nicht nur als Ausbeutungsbjekt, Unterhaltungsstätte und Beschaffenin möglichst hoher Löhne, gewinne vielmehr Sinn für ihre tiefere Bedeutung, für die idealen Güter, die sie bietet, die Größe des opfermütigen und unbelohnten Wirkens und die Heiligkeit der sozialen Sache.

(Textilarbeiterzeitung.)

Selbstbeherrschung.

Wer das Rechte kann, der soll es wollen, Wer das Rechte will, der soll es können, Und ein jeder kann's, der sich beschheidet, Schöpfer seines Glückes zu sein im Kleinen. ... Fromm erhebet Segen euch von oben, Aber Hilfe schafft euch lässig witzend selber. (Witze)

Wenn wir unser Tagewerk kritisch überschauen und dann gesehen müssen, daß manches hätte noch vollkommener sein können, daß manches andere wiederum besser nicht gesehen wäre, dann ist es uns immer wieder klar, wie manche Scharte in unserem Wollen und Wirken noch auszuweichen ist. Gedankenfaule Menschen schimpfen dann über die Fehler ihrer Mitmenschen, über deren unaussprechliche Konturrenz und dergl.

Wiel nützlicher, und eines gereiten Verstandes würdiger ist es, über das Wie und Warum unserer teilweisen Mißerfolge nachzudenken.

Das Glück des Einzelnen, soweit es in der Zufriedenheit mit seiner eigenen Persönlichkeit gelegen ist, hängt aber wesentlich davon ab, wie wir uns gegenüber unseren Mitmenschen verhalten. Die Charaktereigenschaften, die Launen derselben sind so verschieden, wie die unseren. — Du willst heute keinen Barm um dich haben; morgen ärgert es dich, weil ein anderer dich zur Ruhe gemahnt hat. Ein Anderer sieht in dem Scherz, den ein Kollege sich heute erlaubt, etne bannende Anrennpelung, während er ein paar Tage später für sich das Recht in Anspruch nimmt, einem Dritten gegenüber die gleichen „Anrennpelungen“ als Scherz anzuwenden.

So entstehen häufig Erbitterungen im Leben, deren Quell eine augenblickliche Mißstimmung gemein ist. Zum Wesen des Gebildeten gehört es, auf die Launen und Schwächen des Nebenmenschen Rücksicht zu nehmen, seine besonderen Motive zu untersuchen und zu würdigen, wenn seine Meinung mit unseren Absichten kollidiert.

Darum sollen wir überlegen, d. h. die Umstände würdigen, ehe wir rebend oder handelnd dem Mitmenschen, dem Kollegen gegenüber treten. So werden alle die kleinen Zänkereien vermieden, die gar zu leicht zum Anlaß schwerer Konflikte werden. Wenn vor 30 Jahren die jungen Handwerker aus zwei verschiedenen Städtchen zusammen kamen, sah die eine Partei ihre Ehre darin, die andere zu verhöheln. So ähnlich trifft man es heute noch in einigen ländlichen Bezirken. Im Zeitalter der Arbeiterbewegung laßt man über solche Einfalt. Und doch — es ist dieselbe Einfalt vielfach in neuer Auflage erschienen. Da treffen sich zwei Kollegen. Der eine betennt sich als Sozialdemokrat, der andere als Christ. Damit ist das Verhältnis vom Menschen zum Menschen gelöst, die Feindseligkeit eröffnet. Und wie im Einzelnen, so ist's im Ganzen. Ernste und wohlgebildete Menschen werden auch im verhaßten Gegenstand noch den befreundeten Menschen finden, wenn sie es fertig bringen, den grundsätzlichen Forderungen eines gebildeten Wesens im Leben und Streiten des Alltags Geltung zu verschaffen.

„Was du nicht willst, das man dir tu,
Das füg' auch keinem Andern zu.“

Aus der Bewegung.

Den Streikbruch in M. Gladbach.

begangen durch Mitglieder des sozialdemokratischen Buchbinderverbandes, suchen sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsblätter zu vertuschen, ja vielmehr abzuleugnen. Lügenhaft sucht man darzulegen, unser Verband habe unter Ausschlaltung des Buchbinderverbandes einen Tarif errangen wollen und die Abmachungen, gemeinschaftlich ein Tarifverhältnis anzustreben, seien von uns durchbrochen worden. So viel Worte, so viel Blagen! Der Streik wurde nicht in der Absicht, einen Tarif einzuführen, begonnen, sondern um angeordnete Verschlechterungen abzumehren. Die betroffenen Arbeiter waren insgesamt christlich organisiert und stellten eine kleine Spezialbranchengruppe dar. Nicht nur um die angeordneten Verdienstverschlechterungen der Goldschnittmacher auszugleichen, sondern auch um der Firma zu zeigen, daß die Arbeiterchaft nicht gemittelt ist, willenlos Verschlechterungen hinzunehmen, war der Zweck des Kampfes. Die Notwendigkeit des Streiks konnte weder eingangs noch heute von den roten Drahtziehern abgeleugnet werden. Ja, äußerten sich doch Maulbeeren im gegnerischen Lager, daß, falls ihnen ein Vorgelegter ähnliche Zumutungen machen würde, wie in der Buchbinderei geschehen, sie dessen Entlassung unter allen Umständen fordern würden. Auch in einer allgemeinen Betriebsversammlung wurde seitens der übrigen Branchen des Betriebes, wie Buchdrucker, Figurenisten z. der kleinliche Standpunkt der Firma Hiffarth bekämpft und volle moralische Unterstützung zugesichert. Aber trotz alledem steht unmißdeutlich fest, daß an Stelle der christlich organisierten Goldschnittmacher, sozialdemokratisch organisierte Aushilfskollegen sich der Firma als Kaufprei zur Verfügung stellten. Nicht die christliche Organisation oder deren Führer haben den Streik versucht, sondern die sozialdemokratischen Streikbrecher und deren Hintermänner haben die Schande auf sich geladen, sich auf so schändliche Art und Weise Lohn und Arbeit, sowie Mitgliederzuwachs zu sichern. Der 1. Arbeitswille, Herr Emmel, welcher früher Mitglied des Buchbinderverbandes war, soll heute ebenfalls in die Riste der roten Buchbinderverbändler eingereiht sein. Wir gratulieren!

Auch heute noch suchen die roten Drehkünstler ein Mitglied unseres Verbandes des Streikbruchs zu beschuldigen, trotzdem wir nachgewiesen haben, daß dessen Weiterarbeiten vor den Streikenden ausdrücklich gewünscht wurde, weil er nicht als Akkorbarbeiter in Frage kam. Demselben oblag in der Hauptsache die Anfertigung von Einzelarbeiten. Selbst wenn unsere Zattil in diesem Falle nur angenommen ein Fehler gewesen wäre, hätten die Genossen kein Recht, wie geschehen, ableiten können, Streikbrecher zu stellen. Wir erinnern an den Streik in Nagen. Hat man dort nicht die Führer der roten Zahlstelle vom Streik entbunden? Ferner angenommen, die Buchbinderzeitung und sozialdem. Presse hätte Recht, daß die von diesen in Schutz genommenen Streikbrecher nichts vom Streik vorher gewußt hätten, so steht doch fest, daß sie es insgesamt recht deutlich von unseren Streikposten in M. Gladbach erfahren haben und als anständige Gewerkschaftler, selbst auch etwa geschlossene Verträge gelöst hätten.

Die Behauptung des roten Waschzettels, daß unser Organ das direkte Verlangen gestellt habe, daß katholische Firmen nur christlich organisierte Arbeiter beschäftigen sollen, ist erfunden und erlogen.

Die Angabe, daß die bestreikte Firma auf Einwirkung der Vertreter des sozialdemokratischen Verbandes die „Lohnreduktionen“ wieder zurückgezogen habe, wird dadurch widerlegt, daß diese Herren unseren Vertretern selbst zugaben, daß sie die Berechnungsart der Akkorbarbeiter gar nicht kannten und demzufolge auch nicht in

der Lage waren, die strittige Frage zu klären. Schon vordem seitens des Buchbinderverbandes angeblich über die Bewegung, (besser über die Bevorzugung des roten Verbandes) verhandelt wurde, ist einem Streikenden die Erklärung abgegeben worden, daß die Firma bereit sei, die Forderungen zu bewilligen, und man suchte die Form der Forderung als mißverständlich hinzustellen. Als Lüge ist ferner die Behauptung zurückzuweisen, daß in anderen Betrieben von christlich organisierten Goldschnittmachern Streitarbeit angefordert wurde.

Das Odium des Streikbruchs laßt auf der sozialdemokratischen Organisation, „Buchbinderverband“ und weber die Herren in Berlin noch Herr Schröder sind in der Lage, dasselbe wegzuleugnen.

Der Streik und die Aussperrung der Lithographen und Steindruckere hat keine Aenderung erfahren. Es besteht kaum Aussicht, daß im laufenden Jahre auf eine Einigung gerechnet werden kann, denn auf beiden Seiten hält man an den Hauptmomenten des Streites erbittert fest. Im Interesse der Arbeiterschaft und Industrie dürfte eine baldige Verständigung gelegen sein.

Die Verhandlungen über den

Druckereihilfsarbeiterarif gecheitert.

Am Montag und Dienstag den 27. und 28. November tagten im Leipziger Buchgewerbehause die Vertreter des Deutschen Buchdruckervereins und des Buch- und Steindruckereihilfsarbeiterverbandes, um über den Abschluß eines neuen Tarifvertrages für den am 31. Dezember ablaufenden Vertrag zu beraten. Bei den Beratungen kamen in der Hauptsache die allgemeinen Bestimmungen über Arbeitszeit etc. in Frage. Das Scheiternsobjekt war in der Hauptsache das Verlangen der Prinzipale den § 14 des bisherigen Tarifs zu streichen, der belagt: „Etwas bestehende günstigere Verhältnisse in Lohn und Arbeitszeit sollen durch Einführung dieser allgemeinen Bestimmungen nicht verschlechtert werden.“

Von Gehilfsseite befürchtete man nicht mit Unrecht, daß durch Aufhebung des Paragraphen 14 den Prinzipalen freien Spielraum eingeräumt würde, um eventuell bestehende Verhältnisse zu verschlechtern. Die Festlegung der örtlichen Lohnsätze wird nämlich nicht zentralisiert, sondern örtlich festgelegt.

Der alte Tarif hatte nur in 20 von 300 in Frage kommenden Druckstellen Geltung. Nach den Vorschlägen der Prinzipalsorganisation sollte die Arbeitszeit, welche laut bisherigem Tarifs der Arbeitszeit der Buchdrucker gleichgehalten war, um täglich $\frac{1}{2}$ Stunde verlängert werden. Der Ueberstundenzuschlag an Sonntagen sollte ebenfalls um 25% reduziert werden. Auch wollte man die bisherige Bestimmung, daß Hilfsarbeiter in Nebenbetrieben der Druckereien, falls die Einführung von Tarifen angestrebt wird, nicht zu Streitarbeit verpflichtet werden dürfen, prinzipalseitig gestrichen wissen. Unter anderem wurde auch die materielle Ausstattung der Arbeiterorganisation bei Tarifverhandlungen verlangt.

Die eventuelle Annahme eines neuen Tarifs dürfte nach dem bisherigen Stand kaum ohne Kampf zu erreichen sein.

Vor Jahreschluß

soll noch jedes Mitglied sich Rechenschaft geben, ob es auch

agitatorisch

für den Verband tätig war.

Rundschau.

Zur Reichsinvaliden- und Hinterbliebenenversicherung.

Der Reichsanwalt veröffentlicht im „Reichs-Gesetzblatt“ die Vorschriften über die Einrichtung der Quittungsarten für die neue Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, sowie über das Entwerfen und Vernichten der Beitrags- und Zusatzmarken. Die neue Versicherung tritt am 1. Januar 1912 in Kraft. Mit diesem Tage haben die bisherigen Beitragsmarken (Nebmarken) ihre Gültigkeit verloren, da andere Marken geliebt werden müssen.

Es werden ab 1. Januar 1912 geliebt:

| | |
|---------------------------------------|--|
| In der 1. Lohnklasse Marken zu 16 Pf. | |
| „ 2. „ „ „ 24 „ | |
| „ 3. „ „ „ 32 „ | |
| „ 4. „ „ „ 40 „ | |
| „ 5. „ „ „ 48 „ | |

An Stelle der bisherigen Quittungsarten treten am 1. Januar neue Quittungsarten und dürfen solche nach dem alten Muster nicht mehr angegeben werden. Die bis zum 1. Januar ausgestelltten Quittungsarten alten Musters dürfen innerhalb zweier Jahre nach dem Ausstellungsstage und, wenn ihre Gültigkeitsdauer durch Anrennpelung verlängert ist, bis zu letzterem Zeitpunkt weiter verwendet werden. Vom 1. Januar ab dürfen Verlängerungsvermerke auf den Quittungsarten nicht mehr angebracht werden.

Die Quittungsarten für die Pflichtversicherung werden in gelber Farbe hergestellt, für Selbstversicherung in grauer Farbe.

Für solche Personen, welche sich selbst versichern, ist die Benutzung von gelben Karten bei Strafe verboten. Dagegen haben diejenigen Personen, welche der Pflichtversicherung angehört haben, falls sie sich selbst weiter versichern, gelbe Karten zu benutzen.

